

Volkskrankheit „Ludwigshafen“?



Der Erfolg der Anti-Minarett-Initiative in der Schweiz ist von Meinungsforschern noch vor kurzem für unmöglich gehalten worden. Dass die Schweizer schließlich mehrheitlich dafür stimmten, in ihrem Land den Bau von Minaretten zu verbieten, hat Politiker und Journalisten in ganz Europa aufgeschreckt. Entsetzt über das deutliche Resultat, urteilten viele, dass das Abstimmungsergebnis vor allem Ausdruck „wachsender Fremdenfeindlichkeit“ sowie ein Beleg für „unbegründete Vorurteile und Ängste“ in der Bevölkerung sein müsse – nicht nur in der Schweiz, sondern überall in Europa.

(Essay von Franz Trinkbecher)

Auch in Deutschland unterstellen Politiker in diesem Zusammenhang nicht selten, dass zahlreiche Bürger an einer krankhaften Störung litten – nämlich an „Xenophobie“ (oft auch, dieselbe Aussage bezweckend, auf den Begriff der „Islamophobie“ reduziert).

Allein: Diese „Diagnose“ wird den Tatsachen nicht gerecht. Um eine gescheiterte Politik des Multikulturalismus zu rechtfertigen, bedienen sich dieselben Politiker nämlich auch sonst nur allzu gerne blutleerer und euphemistischer Begriffe wie „Toleranz“ und „Weltoffenheit“, die scheinbar in krassem

Gegensatz zu der unterstellten Volkskrankheit „Xenophobie“ stehen. „Toleranz“ und „Weltoffenheit“ sollen gar ein Heilmittel für ebenjenes „Gebrechen“ sein, an dem angeblich so viele in Europa leiden. Jedenfalls was Deutschland betrifft, ist es an der Zeit, dieser gängigen, doch grundlegend falschen „Diagnose“ durch die Politik eine genauere Anamnese der Befindlichkeiten weiter Teile der Bevölkerung entgegenzustellen. Was dazu zu schreiben ist, wird sich schließlich in einem Wort zusammenfassen lassen.

Bereits im Jahr 2002 verfasste der angesehene Historiker Hans-Ulrich Wehler anlässlich der Frage, ob mit der Türkei Verhandlungen über einen baldigen EU-Beitritt aufgenommen werden sollten, einen bemerkenswerten Artikel, der in der ZEIT veröffentlicht wurde. Für diesen Beitrag wählte Wehler einen mindestens ebenso bemerkenswerten Titel – [„Das Türkenproblem“](#).

In seinem Aufsatz stellte Wehler sehr pointiert dar, weshalb die Türkei weder heute noch morgen noch irgendwann einmal in die EU aufgenommen werden dürfe. Um seine ablehnende Haltung zu begründen, führte Wehler zahlreiche überzeugende wirtschaftliche, gesellschaftliche und historische, aber auch kulturelle Argumente an – und er konstatierte, inhaltlich zwar nur am Rande, dafür aber bereits in der Überschrift seines Artikels, dass wir in Deutschland auch ohne einen möglichen Beitritt der Türkei zur EU schon seit langem ein „Türkenproblem“ haben. Wehler schreibt hierzu vernichtend deutlich:

„Überall in Europa erweisen sich muslimische Minderheiten als nicht assimilierbar und igeln sich in ihrer Subkultur ein. Auch die Bundesrepublik hat bekanntlich kein Ausländer-, sondern ausschließlich ein Türkenproblem.“

Man fragt sich unwillkürlich: Zeugt nun auch diese Bewertung durch Wehler von „Vorurteilen“ und „unbegründeten Ängsten“, oder unterstellt man nur der eigenen Bevölkerung, dass sie

nicht imstande sei, sich eine wohlüberlegte Meinung zu bilden, und daher „krank“ sein müsse, wenn sie etwas Derartiges konstatiert oder dergestalt votiert?

Heute, sieben Jahre nachdem der Artikel von Wehler erschienen ist, sind längst Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen worden – wenn sie auch mitunter eher halbherzig betrieben werden, und zwar von beiden Seiten. All die Gründe, die Wehler damals gegen einen EU-Beitritt anführte, sind nach wie vor von Belang. Vielen Deutschen ist die Türkei in den vergangenen Jahren sogar noch suspekter geworden. Ihnen missfällt dabei wohl nicht zuletzt die Aussicht, dass die Türkei im Falle einer Aufnahme in die EU schon in naher Zukunft das bevölkerungsreichste Mitgliedsland sein könnte. Ja, vielen missfällt diese Aussicht nicht nur, sondern: ihnen graut davor. Genauso graut ihnen vor dem immer größer werdenden Einfluss der in Deutschland lebenden Türken – und ihnen graut vor allem davor, dass dieses Land dem Islam und den muslimischen Zuwanderern immer weitere und weitergehende Zugeständnisse macht, bis es nicht mehr wiederzuerkennen ist. Mancher urteilt daher, die Menschen, die all dies mit Sorge betrachten, litten unter einer „Phobie“. Handelte es sich um eine „Phobie“, zu Deutsch: eine „krankhafte Angst“, müssten derlei Sorgen jedoch, definitionsgemäß, gänzlich unbegründet sein. Die Befürchtungen und Sorgen, die diese Menschen umtreiben, sind allerdings meist sehr verständlich. Um diesen Befürchtungen einen Namen zu geben, um das von Wehler beschriebene „Türkenproblem“ – gerade in Deutschland – einmal anhand eines Beispiels deutlich zu machen, um das „Grauen“ und die berechnete Sorge auf den Millimeter genau von der „Phobie“ abzugrenzen, bedarf es nicht mehr als eines Wortes: „Ludwigshafen“.

Am 3. Februar 2008 kam es in einem vorwiegend von Türken bewohnten Mehrfamilienhaus in Ludwigshafen am Rhein zu einem verheerenden Brand, bei welchem neun Menschen den Tod fanden und 60 weitere verletzt wurden. Alle Opfer waren Türken oder

hatten türkische Wurzeln. Was unter anderen Umständen eine menschliche Tragödie geblieben wäre, wurde schließlich zu einer staatlichen Tragödie – oder es offenbarte sie erst. Denn kurz darauf warfen Türken in ganz Deutschland den Rettungskräften vor, sie hätten sich „aus Rassismus“ bei diesem Einsatz nicht so sehr beeilt wie bei anderen. Hätte ein mehrheitlich von Deutschen bewohntes Haus gebrannt, so lautete die Anschuldigung, dann wären die Einsatzkräfte nicht nur schneller vor Ort gewesen; dann wären sie auch beherzter zu Werke gegangen.

All diese Vorwürfe waren haltlos. Die ersten Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr trafen beispielsweise zwei Minuten, nachdem der Brand gemeldet worden war, am Unglücksort ein. Die türkische Presse betrieb gleichwohl über Wochen hinweg eine regelrechte Hetzkampagne gegen die Bundesrepublik und ließ von ihren Beschuldigungen nicht mehr ab. Es wurde allenthalben ein – allenfalls auf wagen und zweifelhaften Indizien beruhender – Verdacht geäußert, dass es sich um einen „fremdenfeindlichen Anschlag“ handele. Zum Teil stellten die türkischen Medien dies sogar als Tatsache dar. Für nicht wenige Menschen in der Türkei, vor allem aber für die Migranten in Deutschland stand daher unmittelbar fest, dass das Feuer absichtlich gelegt worden war – von rechtsradikalen Deutschen.

Erst als der türkische Premierminister, Tayyip Erdogan, die türkischen Medien öffentlich wegen ihrer Berichterstattung kritisierte und zu mehr Zurückhaltung ermahnte, beruhigte sich die Lage etwas. Unterdessen war jedoch ein Ludwigshafener Feuerwehrmann – zur Vergeltung der vorangegangenen „Schandtät“ – von einem Türken verprügelt worden. Überdies waren Mitarbeiter des THW, die halfen, am Brandort Trümmer abzutragen, bespuckt und beschimpft worden. Die Stimmung war in vielen Städten explosiv.

Mancher mag nun einwenden, dass man Premier Erdogan für sein Einschreiten dankbar sein müsse und dies doch zeige, dass ein Beitritt der Türkei zur EU manche bestehenden Konflikte

entschärfen helfen könne. Aber trotz seiner Mahnung zur Zurückhaltung war es doch einzig widerwärtig und empörend, wie Erdogan sich in der Bundesrepublik gerierte: wie er sich in der Köln-Arena von 16.000 in Deutschland lebenden Türken feiern ließ, als wäre er ein Superstar, und wie er dann beharrte, „Assimilation“ sei „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Wenn unter den jubelnden Massen auch gewiss etliche Migranten mit deutschem Pass waren, so sprach doch gerade Erdogan selbst ihnen mit diesem Satz ab, Deutsche zu sein – oder es je wirklich werden zu können. Und das Publikum goutierte Erdogans Aussagen mit stürmischem Beifall.

Als Erdogan in jenem Frühjahr nach Deutschland kam, wollte er die in Deutschland lebenden Türken vor allem als Wähler für sich gewinnen; auch in der sog. „Diaspora“ sind ihre Stimmen wertvoll. Nachdem Erdogan anlässlich des Brandes in Ludwigshafen zur Besonnenheit gemahnt hatte, mochte mancher sogar glauben, dass es dem Mann, der in seinem eigenen Land als religiöser Fundamentalist verschrien ist, tatsächlich darum ging zu vermitteln. Letztlich aber hat Erdogans Besuch, spätestens nach seinem Auftritt in der Köln-Arena und gerade in Verbindung mit der Brandkatastrophe von Ludwigshafen(!), nur eines deutlich gemacht: Eine ganz überwiegende Mehrheit der in Deutschland lebenden Türken lebt gar nicht wirklich in Deutschland – und will es auch nicht.

Diese Menschen fühlen sich der Bundesrepublik weder kulturell noch ideell verbunden, egal ob sie einen deutschen Pass haben oder nicht. Sie begegnen diesem Staat vielmehr mit mal heimlicher, mal ganz offen gelebter Anfeindung. Indem Erdogan seine nach Deutschland ausgewanderten „Landsleute“ mit diesen Worten aufforderte, sich nicht anzupassen, rief er letztlich nur dazu auf, die bestehenden Parallelgesellschaften aufrecht zu erhalten und sie, soweit möglich, auszuweiten. Und indem Erdogan sich feiern ließ – gerade als das Staatsoberhaupt der in Deutschland lebenden Türken, ja als spreche er nicht in

einem fremden Land, der Bundesrepublik, sondern in einer türkischen Exklave, Erdogans eigenes „Almanya“ –, hat er die Bundesrepublik beleidigt und gedemütigt! Und er hat damit jedem Bemühen um „Integration“ schweren Schaden zugefügt. Vor allem aber hat Erdogan dadurch gewiss geholfen, die angebliche Volkskrankheit „Xenophobie“ (oder auch „Islamophobie“) zu verschlimmern.

Was in Ludwigshafen geschehen ist, hat insgesamt schweren Schaden verursacht. Vor allem haben die haltlosen Unterstellungen und Anfeindungen offengelegt, wie tief das Misstrauen bei den in Deutschland lebenden Türken sitzt und wie verwurzelt die Ablehnung gegenüber dem deutschen Staat und den Deutschen bei vielen Migranten ist. Dieses Misstrauen ist ganz überwiegend unbegründet, und es zeugt von Undank. Der Zorn und das Entsetzen vieler Deutschen ob der Reaktion der türkischen Migranten auf die Brandkatastrophe von Ludwigshafen war daher nur allzu berechtigt: Viele dieser Zuwanderer gaben nun ganz unumwunden zu, dass sie das Land, das sie aufgenommen hatte und beherbergte, in Wirklichkeit verachteten, dass sie ihm zumindest misstrauten; dass sie überdies den Staat ablehnten, der sich für sie eingesetzt hatte und von dem nicht wenige Sozialleistungen bezogen hatten und noch immer bezogen. Es ist wohl gleichfalls keine dreiste Unterstellung, wenn man behauptet: Der türkische Schläger, der jenen Feuerwehrmann in Ludwigshafen verprügelte, tat genau das, was viele Türken sich damals wünschten: was sie für richtig und angemessen und für ihr Recht hielten.

Wenn man von „Ludwigshafen“ spricht, ist deshalb seither nicht nur jener tragische Brand in einem Wohnhaus gemeint, welcher neun Menschen das Leben kostete und der, wie die Staatsanwaltschaft später feststellte, „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ NICHT durch Brandstiftung verursacht worden war. Wenn man von „Ludwigshafen“ spricht, ist seither vor allem die Reaktion vieler Türken, ja fast aller muslimischen Zuwanderer in diesem Land gemeint, die

ihrem Misstrauen und Hass ganz offen nachgaben. Gemeint ist damit aber auch der Auftritt von Tayyip Erdogan in der Köln-Arena. Gemeint ist damit nicht zuletzt allerdings auch, dass jene Helfer und Rettungskräfte in Ludwigshafen schamlos verleumdet und beleidigt wurden, die sich kurz zuvor noch unter Einsatz ihres eigenen Lebens und nach Kräften bemüht hatten, schlichtweg jeden Menschen aus dem brennenden Haus zu retten. Diese Menschen wurden verfemt und attackiert, weil sie Deutsche waren. Doch niemand sprach damals von „Europaphobie“ oder gar „Germanophobie“.

Was hätte Hans-Ulrich Wehler wohl geschrieben, wenn das Wort „Ludwigshafen“ bereits 2002 jene Bedeutung gehabt hätte, die es heute hat, ja haben muss, weil es wie kein anderes Wort für einen gesellschaftlichen Riss steht, für das notwendige Ende von Illusionen? Wäre sein Urteil dann noch vernichtender ausgefallen? Hätte er vielleicht auch auf dieses Ereignis abgestellt, um seine ablehnende Haltung gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei zu begründen?

Eines ist gewiss: „Ludwigshafen“ macht, als ein besonders drastisches Beispiel von vielen, deutlich, dass es grundsätzlich kein Ausdruck von „Xenophobie“ oder gar „Islamophobie“ ist, wenn große Teile der Bevölkerung die Zuwanderung – insbesondere von Muslimen – kritisch hinterfragen. Was machen die Reaktionen auf diese Brandkatastrophe denn anderes deutlich, als dass viele ebenjener Zuwanderer sich gar nicht als Deutsche begreifen können – weil sie es nicht wollen?

Erdogan sprach diesen Menschen aus dem Herzen, als er das Ansinnen, sich anzupassen, zurückwies, indem er es ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ nannte, und er spricht nun wieder von einem „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, wenn er mit scharfen Worten verurteilt, dass die Schweizer den Bau von Minaretten untersagt haben. Für ihn ist alles ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, was dem eigenen Gutdünken zuwiderläuft.

Was macht „Ludwigshafen“ denn anderes deutlich, als dass das grundlose Misstrauen, das man der eigenen Bevölkerung immer wieder fälschlich nachsagt, wenn man sie „xenophob“ oder „islamophob“ schimpft, gerade von sehr vielen – muslimischen – Zuwanderern gelebt wird, die augenscheinlich nicht der Auffassung sind, in der Bundesrepublik eine Heimat gefunden zu haben oder finden zu können, sondern die vielmehr zu glauben scheinen, sich permanent in Feindesland aufzuhalten?

Was macht „Ludwigshafen“ denn deutlich, wenn nicht den Umstand, dass die türkischen Medien und Politiker seit langem, oftmals gerade unter dem Vorwand der Religionsfreiheit, staatliche Mitbestimmung über die Bundesrepublik anstreben – bis hin zu existentiellen Fragen?

Und macht „Ludwigshafen“ denn nicht – vor allem anderen – deutlich, dass der soziale Friede in diesem Land, bedingt durch die Zuwanderung von Millionen Muslimen, gerade aus der Türkei, längst so fragil ist, dass er jederzeit brechen könnte? Hier war es ein Feuer, das vorgeblich von Nazis gelegt wurde, das dazu führte, dass Menschen wütend auf andere Menschen losgingen. Wenn dieser Anlass genügt, dann genügt jeder Anlass. Und je mehr Migranten in dieses Land kommen, die sich selbst als „fremd“ empfinden, die aber auch „fremd“ bleiben wollen, desto größer werden diese Spannungen werden. Irgendwann wird es dann nicht mehr nur bei einem verprügelten Feuerwehrmann und vielen bösen Unterstellungen und Verleumdungen bleiben. Wenn man sich vergegenwärtigt, was in Ludwigshafen geschehen ist, muss man anerkennen, dass viele muslimische Migranten keinerlei Loyalität für Deutschland oder Europa kennen – und das gilt leider nur allzu oft gerade auch für unsere freiheitlichen und rechtsstaatlichen Werte.

Mit der Schweiz hat „Ludwigshafen“ natürlich wenig zu tun. Doch als die Schweizer über die Minarette in ihrem Land abstimmten, dürften sie ähnliche Ereignisse und ähnliche persönliche Erlebnisse vor Augen gehabt haben. Wahrscheinlich hat jedes Land sein eigenes „Ludwigshafen“, ja unendlich viele

kleine „Ludwigshafen“. Denn wer kann schon von sich behaupten, dass er selbst noch nie ein kleines „Ludwigshafen“ erlebt hätte, dass er noch nie empört gewesen wäre über diese auch im Alltag anzutreffende Form des Misstrauens, über so viel Illoyalität und Ablehnung gegenüber unserer Kultur seitens muslimischer Zuwanderer?

Gerade deshalb ist es töricht, derartige Sorgen der Bevölkerung, ob nun in der Schweiz oder in Deutschland, geradezu als „Volkskrankheit“ abzukanzeln. Es ist töricht, angesichts der gewaltigen Probleme, die viele muslimische Zuwanderer in Europa haben, die sie vor allem aber auch verursachen, derartige Bedenken und kritische Ansichten vieler Bürger damit abtun zu wollen, diese Leute verstünden eben die Werte von „Toleranz“ und „Weltoffenheit“ nicht und seien verfangen in „Stereotypen“, „Vorurteilen“ und „Ängsten“, die allesamt gänzlich unbegründet seien. Diese Bürger müssten daher „aufgeklärt“, quasi behandelt werden.

Dass wir in Deutschland ein „Türkenproblem“ haben, das eigentlich – nicht nur, weil es dieses Problem in ganz Europa gibt – ein „Islamproblem“ genannt werden müsste, ist nämlich nicht nur die Meinung des Pöbels. Dies ist nicht nur die Auffassung einiger ungebildeter Proleten. Es ist nicht nur die These von Verschwörungstheoretikern oder eine Ausprägung des Schauderns von ewigen Angsthasen, die in allem eine Gefahr sehen würden. Wer dieses „Islamproblem“ sieht und es nicht mehr länger hinnehmen will, ist kein Spinner. Diese Probleme anzuerkennen und Abhilfe zu verlangen zeugt keinesfalls von einem pathologischen Denken, das, wie in der Vergangenheit leider oft geschehen, in die Nähe einer Geistes- oder Wahrnehmungsstörung gerückt wird. Eine solche Überzeugung ist auch nicht das Resultat einer Lernbehinderung. Es handelt sich vielmehr um eine seit langem überfällige Einsicht.

Denn das „Islamproblem“ existiert. Es ist drängend, und es wird mit jedem Tag drängender. Pathologisch ist es deshalb vielmehr zu leugnen, dass „Ludwigshafen“ und ähnliche

Ereignisse herangezogen werden dürfen, um sich eine Meinung zu bilden. Pathologisch ist es, die Bedeutung von solchen Geschehnissen nicht anerkennen zu wollen, als verschwänden Missstände, indem man nur die Augen vor ihnen verschließt. Denn ein bisschen „Ludwigshafen“ ist jeden Tag; man sieht es nur nicht immer.

Der Schriftsteller Reinhold Schneider schrieb einst, „Krankheit“ sei „ein Anruf der Wahrheit an uns“. Wer auf das „Islamproblem“ hinweist, wird gerne „krank“ gescholten. Es geht hier aber nicht um „Xenophobie“ und ganz gewiss auch nicht um „Islamophobie“. Es geht vielmehr darum, dass manche Menschen eine Phobie zu haben scheinen, der Wahrheit ins Auge zu blicken. Vielleicht fürchten sie sich zu sehr vor dem, was diese Wahrheit bedeuten könnte und welches Versagen dann eingestanden werden müsste. Doch „Ludwigshafen“ ist die Wahrheit. Es ist eine unangenehme, hässliche und schwierige Wahrheit, aber doch die Wahrheit.

„Ludwigshafen“ taugt daher nicht als Synonym für „Xenophobie“ oder „Islamophobie“. „Ludwigshafen“ ist vielmehr ein Symptom – ein Symptom dafür, dass alle Visionen, Utopien und Lehren von einer „multikulturellen Gesellschaft“ längst gescheitert sind – und dass, keineswegs nur in den Köpfen einiger rechter Spinner und Angsthasen, ein Riss durch unsere Gesellschaft geht, der diese irgendwann zerreißen mag.

Es ist deshalb an der Zeit, „Ludwigshafen“ ernst zu nehmen und, ausgehend von den Trümmern des Multikulturalismus, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Denn wenn bestehende Missstände fortwährend nur geleugnet und negiert werden, kann nichts geschehen, um diese Missstände zu beheben. Sie verschlimmern sich nur und führen zu weiterem Groll und zu weiteren Ressentiments. Und das ist zweifellos hochpathologisch.